

„Über den Tellerrand hinaus“ – allerdings auf neuen Wegen

Anmerkungen zu Überlegungen, makroökonomische Erkenntnisse auf das Unterrichtsgeschehen herunterzubrechen (s. hlz 3-4/21, 56ff)

Lieber Jason! Wenn junge Menschen über ihr stinknormales Interesse nachdenken, Geld zu verdienen, ist das zu begrüßen. Immerhin geht es um ihre Zukunft. Hinlänglich bekannt ist, dass deine Generation (besonders die 15 bis 24-jährigen) nicht nur in Griechenland im großen Maße ohne Perspektive lebt. Dort lagen die Zahlen der von Arbeitslosigkeit Betroffenen 2020 weit über 40 Prozent! Ein Drama für knapp die Hälfte dieser Generation, die alle arbeiten wollen, können und nicht dürfen. Fundierte Kritik gilt es zu verbreiten. Über die vollständigen Gründe willst du ja aufklären. Und doch hast du Zweifel, ob genug darüber gestritten wird. Deswegen dazu aus einem anderen theoretischem Hintergrund einige kritische Anmerkungen.

Thema: Empathie in der Schule

Zu deinem Vorschlag, ein Schulfach Empathie einzurichten. Warum über sich selbst nachdenken, wenn es darum geht, die Hintergründe für unzumutbare Zustände aufzuspüren. „Viva con agua“ schlägt gleich den Weg der Praxis ein. Mit Spenden etc. versuchen sie Abhilfe zu schaffen, damit 2,2 Milliarden Menschen sauberes Trinkwasser erhalten. Eine grobe Überschlagsrechnung zeigt jedoch, dass durch Spenden und Kleinkredite noch einige tausend Jahre vergehen würden, bis diese Menschen und viele ihrer Nachfolgegenerationen mit Trinkwasser versorgt sind. Das spricht für

keine individuelle Lösung, sondern für eine gesellschaftliche. Deine wohlmeinende Frage, ob das „zur Lösung vieler Probleme beitragen könnte“, ist daher zu verneinen. Mit Spenden ist ein systemisches Problem nicht zu lösen. Schon Kinder sollten „ein reflektiertes Handlungsbewusstsein“ in der Schule erlernen. Das gilt es näher zu bestimmen. So müsste diese Gesellschaft samt ihrer Wirtschaftsweise einmal genauer unter die Lupe genommen werden, um Kindern und Jugendlichen den Widersinn einer Wirtschaftsweise zu vermitteln, die in vielen Weltregionen für Hunger und Elend, Massenflucht und Kriege sowie für Zerstörung der Lebensgrundlagen – nicht nur aktuell durch die Klimakrise – sorgt. Die „freien Güter“ (VWL) Luft und Wasser werden seit jeher als Mülldeponie genutzt.

Thema: Wirtschaften des „soziale[n] Unternehmer[s]“ mit Profit

Eine Anmerkung zu deinem Lob des Mitbegründers von „Viva con Agua“: Wer Non-Profit kann, der kann auch „profitable[s]“ Wirtschaften“. Allerdings muss derjenige dann die Wirtschaft „durch die Brille der marktwirtschaftlichen ‚Vernunft‘“ sehen, so er ‚am Markt‘ bestehen will. Kann ein Konkurrent durch Einsparungen bei Arbeitskräften einen Vorsprung gegenüber der Konkurrenz erzielen, muss diese nachziehen – die Mittel dazu sind Entlassungen, mehr Leistung der Arbeiter_in-

nen, neuere Maschinen –, sonst sind sie nicht mehr wettbewerbsfähig und bleiben auf ihren Produkten sitzen.

Dazu eine Meldung: Die „Deutsche Bank ... [hat] über eine Milliarde Euro Gewinn“ (welt.de, 28.4) seit Jahren wieder mal erwirtschaftet! Um in der Konkurrenz zu bestehen, kommt eine Selbstverständlichkeit des kapitalistischen Wirtschaftens zum Einsatz: 18.000 Beschäftigte werden entlassen. Kein Sonderfall, vielmehr eine Normalität für diese Art des Wirtschaftens. Und ein Bericht aus der EU: „Tausende Bankfilialen vor dem Aus“ (tagesschau.de 9.6.).

Deine Argumentation rekurriert auf Begriffe der Volkswirtschaftslehre (VWL), wie sie an unseren Universitäten mehrheitlich gelehrt wird. Deren Vertreter innen kennen dagegen ein Rezept, für die ist jede_r Arbeitslose der Beweis dafür, dass deren Lohn zu hoch ist, denn wäre er niedriger, müsste doch ‚Markträumung‘ folgen.

Was Arbeitslosigkeit von Eltern mit Kindern bedeutet, ist an den „2,8 Mio.“ Kindern zu sehen, die „in Deutschland in Armut“ aufwachsen (Bertelsmann Stiftung 2020). Die sind gewiss nicht in deinem „wir“, derjenigen, die „zu den Profitierenden gehören“, eingeschlossen. Die Gewinner sind doch eindeutig die großen Handelskonzerne. Je geringer die Lohnhöhe, je höher der Gewinn. Neben dem „Kinderarmutsbericht“ des WSI gibt es den „Armutbericht“ der Regierung, beide belegen: „Corona

verschärft die Spaltung von Arm und Reich“ (sueddeutsche.de, 5.3.).

Thema: Makroökonomie

Schwerpunkt deiner Erörterungen ist der Außenhandel der EU. Da vergleichst du die schlimmen Folgen der Verlierernationen am Beispiel des Verhältnisses der Führungsmacht Deutschland – dem Hauptprofiteur – zu Griechenland. Als Hintergründe führst du drei entscheidende Mechanismen an, die mehr oder weniger die Verhältnisse in der Währungsunion bedingen sollen.

„Mechanismen“, die als ein „System von Elementen, die in festgelegter, vorhersehbarer Weise zusammenwirken“ (wiktionary.org), sind es leider nicht, weder natürlich noch vorhersehbar! Letzteres zeigen die Prognosen der Experten aus den Wirtschaftszeitungen zur Inflation und zum Wirtschaftswachstum, die im Nachhinein immer mal wieder korrigiert werden.

Im Weltvergleich gibt es ca. 10 Länder mit `harter` und den großen Rest mit `weicher` Währung. Aus der ökonomischen Potenz der Hartwährungsländer erwächst ihre politische Macht. Dieser Widerspruch verweist eben nicht auf einen fairen Wettbewerb wie in einem Fußballspiel zwischen zwei Schülermannschaften, in der der Verlierer jederzeit eine Revanche fordern kann. Länder mit `weicher` Währung – besonders die Entwicklungsländer – bleiben es, einzige Ausnahme bildet China.

Bei dieser Art des Wirtschaftens geht es ums knallharte Konkurrieren gegen andere Kapitale, auch innerhalb der EU. Die massiven Wachstumsverluste der Coronakrise würden alle schnellstmöglich durch Stei-



Noch nie gab es so eine Sammlung zu einer einzigen historischen Persönlichkeit: Über 600 politische-, soziale- und Porträtkarikaturen, gewitzt-lustige und gagbetonte, lachhafte und eher grüblerische Spottblätter vereint der Band. Sie setzen sich mit Marx' philosophischem Schaffen auseinander, der Rezeption seines Werks, seiner Rolle in den sozialen Kämpfen, natürlich auch mit Marx privat. Künstlerisch und politisch unterschiedliche Arbeiten reihen sich aneinander und korrespondieren. Da spiegeln sich Ablehnung und Befürwortung, Distanz und Zustimmung, kämpferische und bekennerische Haltungen, ironisches Befragen – kurz: 150 Jahre Wirkungsgeschichte. Rund 450 Zeichner und Karikaturisten aus aller Welt vereint dieser Band, der zum 200. Geburtstag von Karl Marx in einer aktualisierten Neuausgabe erscheint. Berlin 2018, 21,5 x 28,5 cm, 224 S., 600 farbige Abb., geb., 25 Euro

gerung der Wachstumsraten zu überwinden sein, so sagen manche Apologeten des Systems. Dafür drucken FED und EZB massenhaft Geld. Diese Unsummen sind in der Sphäre der Spekulation unterwegs, Investitionen werden weniger getätigt. Das Finanzkapital setzt nun auf andere Abteilungen, nutzt den Börsenboom und investiert in solide Vermögenswerte wie Immobilien, Infrastruktur, Kunstgegenstände und Nahrungsmittelproduktion. Würde der staatliche Eingriff der Zinserhö-

hung jetzt angewandt, verschlechterten sich die Geldbeschaffungsmöglichkeiten der Firmen, auch könnte das den Aktienmarkt eintrüben. Nach dieser Wirtschaftslogik sind es die kleinen Leute, die bei der Pleite einer Firma Schaden nehmen, sie sind fast bedingungslos den Entscheidungen „der Wirtschaft“ unterworfen.

Marx' Theorie spricht von der „Überproduktion“ als Krisenauslöser, die VWL hält diese ökonomische Bewegung schon fast für naturgegeben, bezeichnet ihn als Konjunkturaufschwung, dem der Abschwung folgt. „In den Krisen bricht eine gesellschaftliche Epidemie aus, (die) der Überproduktion. Die Gesellschaft findet sich in einen Zustand momentaner Barbarei zurückversetzt; ... und warum? Weil sie zu viel Zivilisation, zu viel Lebensmittel, zu viel Industrie, zu viel Handel besitzt“ (MEW 4, 468). Abhängig Beschäftigte haben auch in dieser Krise das Nachsehen, werden entlassen, um sie dann u. U. im neuen Unternehmen befristet und verbilligt einzustellen (Luft-hansa).

Zu den entscheidenden Mechanismen: Lohnstückkosten und Kreditfinanzierung

„Sinkende Lohnstückkosten können zu verbilligten Waren führen“, so deine Aussage. Sie können, müssen es aber nicht. Es gibt keine Zwangsläufigkeit, keinen Determinismus in diesem Verhältnis. Seit einem halben Jahr werden die Preise rasant im Energie- und Lebensmittelsektor erhöht, gut für die Gewinne, schlecht für die Verbraucher_innen.

Rationalisierungswellen sind hingegen nicht die Ausnahme in der kapitalistischen Gesell-

schaft. Die angeführten Zahlen der Deutschen Bank, auch der Lufthansa und von Siemens sind Normalität. Die Lohnkosten sind die Kosten, die in Betrieb und Handel als erstes zur Disposition stehen. Das führt zu einer Verschärfung der Rentabilität der Arbeit, ein Mittel dafür ist die Leistungssteigerung.

Was soll denn die Substanz der Schaukelbewegung anderes sein als die Trivialität: Wenn eine nationale Ökonomie prosperiert, findet bei der anderen weniger Wachstum statt. Ja, so funktioniert die freie Konkurrenz. Und der freie Kapitalmarkt generiert bessere Konditionen für Deutschland (keine Zinsen und die Schuldsomme verringert sich), weil das Finanzkapital dort mehr Vertrauen in die Wachstumsprognosen hat. Also: es sind die ökonomisch maßgeblichen Subjekte, die diese Entscheidungen treffen; da wirkt kein Mechanismus, wie es die VWL unterstellt.

Auf dem europäischen Binnenmarkt eignet sich Deutschland mit ein paar anderen Ländern die Kaufkraft des ganzen Kontinents an und konzentriert so immer mehr Wachstum und Geschäft bei sich, während das in Ländern wie Griechenland etc. zur Deindustrialisierung und erhöhter Arbeitslosigkeit führt. Was für ein eigenartiges Argument, wenn Joachim es gutheißt, dass im Sinne seiner „Wirkungskette“ einer Entladung der „aufgestaute[n] Nachfrage“ hier, über das „Urlaub [zu] machen“ dort – zwar „verrückt aus ökologischer Sicht!“ –, den Menschen im Ausland aber helfen soll, weil deren „Wirtschaft stark vom Tourismus abhängt“. (Den Gründen für Abhängigkeit, schwacher Wirtschaft und Preisen wäre nachzuspüren.) Und eine weitere Wirkweise soll den „Druck“ auf die „Preisentwicklung nehmen“: Billigflüge und Billigurlaub fürs Wachstum, dadurch weitere Entwaldung durch nicht

zu stoppende Waldbrände, die, schöngeredet, der Klimawandel verursacht. Aber das Gute soll sein, dass hier die Stabilität der Preise gesichert ist. Ist sie nicht (s. u.)! Deutschland macht seine eigene Währung stärker, die seine Finanzkraft durch die Europäische Zentralbank gigantisch steigert, während andere Staaten wegen ihrer Unterordnung unter den Bedingungen der harten Währung in Dauerkrisen versinken und verarmen. Ob dem mit Moral, dem Wunsch nach ausgeglichener Gerechtigkeit abzuhelfen ist? Wohl nicht!

Ja, die politisch Verantwortlichen (nicht man und frau) haben mal den Beschluss gefasst, dass „auf eine gemeinsame wirtschaftliche Entwicklung gebaut“ wird. Jede Nation hat sich Vorteile – wie: mehr Geschäft auf dem Weltmarkt, verbesserte Infrastruktur etc. – ausgerechnet und anfangs ja auch erhalten. Zudem ist es als Kleinstaat nicht möglich, den Großmächten, einer USA unter Trump, Russland und China, ökonomisch und politisch auf Augenhöhe begegnen zu können. In ihrem Sprech heißt das: „Nur gemeinsam in transnationalem Verband mit allen anderen Mitgliedstaaten (können) unsere Interessen und Prioritäten auf der internationalen Ebene mit Nachdruck und Gewicht vertreten“ werden (ein Redner bei den Stuttgarter Europatagen 2018). Wirtschaften in der Gemeinschaftswährung auf dem gemeinsamen Markt heißt noch lange nicht, dass alle Interessen gleich bedient werden, denn abgerechnet wird national. Also kann die Verteilung des Reichtums gar nicht gemeinschaftlich geregelt sein. Genauer betrachtet wird gar nichts verteilt, weder wird der produzierte Reichtum als ein Gemeinschaftswerk erarbeitet noch wird anschließend irgendetwas verteilt. Wie sollte das auch gehen in einer Konkurrenz von Einzelkapitalien und unter den Beschäftigten?

Der ökonomische Verkehr der Gesellschaftsmitglieder untereinander ist als Akt des Kaufens und Verkaufens eingerichtet und staatlich abgesichert.

Zwischenbilanz

Ein zielgerichtetes Handlungsbewusstsein jungen Menschen nahe zu bringen, ist ein angemessener, allerdings hoher Anspruch, Jason! Etliche Lehrer_innen weit vor deiner Zeit – also die Generation der 68er –, haben es mit systemkritischer Aufklärung versucht, der demokratische Staat hat mit Berufsverboten reagiert und sie um ihre Existenz gebracht. ‚Wilde Streiks‘ wie in den 70er – Fehlanzeige! Gewerkschaften versuchen schon seit Jahrzehnten, mit Warnstreiks – Streiks sind Mangelware – die beschädigten Interessen ihrer Mitglieder abzuwenden. Die Verarmung von Millionen verweist aufs Gegenteil. Kein Klassenbewusstsein weit und breit.

Die objektive Lage der Lohnabhängigen ist das eine. Etwas anderes ist es, welche Schlüsse die Individuen aus ihrer sozialen Lage ziehen. D.h.: Wie erklären sich die Leute ihre Notlagen? Die Antwort folgt ganz dem subjektiven Urteilen. Man sieht es an der Kontroverse unserer Positionen. Darüber hinaus gibt es eine Menge differenter Angebote und damit die unterschiedlichsten Angebote zur Beseitigung der Not dieser Menschen. Die Palette ist breit gestreut: mehr Anstrengung, richtig wählen, Ausländer müssen raus aus Deutschland und viele Vorschläge – wie auch dein Vorschlag –, die Arbeitswelt zu reformieren – neben dem, das Privateigentum an Produktionsmitteln abzuschaffen! Welcher Vorschlag einleuchtet, liegt allein daran, wie Arbeiter_innen ihre Lage verstehen. Und das heißt auch, wie sie es z. B. in der Schule oder aus den Medien gelernt haben zu verstehen. Eine Gleichsetzung der sozialen Lage

mit Klassenbewusstsein ist gegen alle Erfahrung ein verhängnisvoller Fehler, den es immer noch gibt! Das war auch ein Gegenstand des Beitrags in der hlz 3-4/21 (S. 67 ff.) über das „Verfallsdatum des Kapitalismus.“

Abschließend noch einmal zur VWL. Dort gibt es unterschiedliche Strömungen. Eine davon ist die des Keynesianers P. Bofinger, der als Mindermeinung im „Sachverständigenrat der fünf Wirtschaftsweisen“ von 2005 – 2019 vertreten war. Abgesehen von ihm ist die VWL nicht nur Parteigänger der herrschenden Wirtschaftsweise, allerdings im engeren Sinn auch für Leute, die „die Wirtschaft“ heißen. Deren Forderung zur Arbeitslosigkeit: Wenn diese Leute auf dem Arbeitsmarkt nicht gebraucht werden, ist ihr Preis offenbar zu hoch. Ihre Konsequenz: Lohndumping. Arbeitsplätze müssen nach dieser Logik „rentabel zu bewirtschaftende Arbeitsstellen“ (H. W. Sinn) sein, sonst führen Lohnerhöhungen unter gleichen Bedingungen zu Beschäftigungsverlust. Die Lohnarbeiter_innen sind die notwendigen Opfer einer Produktionsweise, in der die Schaffung eines gigantischen Reichtums auf der Armut derer beruht, die ihn produzieren. Der Maßstab der Unternehmer ist einzig und allein der Überschuss/Profit, der über den getätigten Geldvorschuss hinausgehen muss. Bleibt der aus, findet der Handel nicht statt, dann landen die nützlichen Dinge auf Halde oder vergammeln. Und dies gilt als menschenfreundlich. Ist nicht vielmehr das Gegenteil der Fall?

... zum „apokalyptischen Reiter“! (hlz 3-4/21, S. 63ff)

Lieber Joachim, Marx' Aussage, kein Marxist zu sein, war m. E. kein koketter Spruch. Sein theoretisches Interesse galt der Untersuchung des Reichtums einer Gesellschaft, dessen bloßes Vorhandensein nicht zählt,

solange nicht ein Gelderlös herauskommt und eben nicht der Ausarbeitung eines philosophischen Systems. Weltanschauung war nicht seine Sache. In seinem Hauptwerk, den 3 Bänden des Kapitals, hat er eine fundierte wissenschaftliche Kritik der Marktwirtschaft erstellt. Und in diesen spricht er einmal, wohl gemerkt einmal, vom „Entwicklungsgesetz“ – nämlich der „kapitalistischen Produktionsweise“ (MEW 25, 892), insofern, dass sich „die Produktionsmittel ... mehr und mehr von der Arbeit ... scheiden“ und Arbeit zu „Lohnarbeit und die Produktionsmittel in Kapital ... verwandeln.“

Sollte deine Rüge des „selbsternannten Marxisten“ an mich gerichtet sein (und da ich mit Argumenten von Marx in meinen Artikeln nicht geize, ist es nicht abwegig!), entgegne ich dir: sie ist nichts als inhaltsleere Schelte und einer Auseinandersetzung nicht dienlich. Bedauerlicherweise haben die Theoretiker des Sozialismus der SU und der nachfolgenden Länder des Realen Sozialismus mit den allgemeinen Entwicklungsgesetzen der Gesellschaft (und der Natur) als unausweichlichen Weg zum Sozialismus/ Kommunismus einen groben Fehler begangen.

Allerdings waren der junge Marx und Engels 1848 irrtümlicherweise in ihrer Euphorie davon beseelt, dass „der Klassenkampf sich der Entscheidung nähert, [da] der Auflösungsprozess innerhalb der herrschenden Klasse“ Gestalt annimmt. Auch die Aussage, die Bourgeoisie „produziert vor allem ihren eigenen Totengräber. Ihr Untergang und der Sieg des Proletariats sind unvermeidlich“ waren grobe Schnitzer, die allerdings in ihrer „Kritik der politischen Ökonomie“ nicht mehr vorgekommen sind. Die Marxisten/Leninisten der russischen Revolution haben das aufgegriffen und auf ihre Weise interpretiert: So etwas wie eine „geschichtliche Uhr“, eine

notwendig geschichtliche Abfolge die zum Endziel der neuen Gesellschaft führen muss, waren krasse Fehlschlüsse. Naturwüchsig folgen ... muss gar nichts!

Zu deinem Lieblingsthema – Aufhebung der Schuldenbremse –, der „Fragestellung, inwieweit die Schuldenbremse tatsächlich tauglich sei, um Stabilität zu garantieren“ (und meinen Hinweis, wer die „Zeche wieder mal zahlt?“): Zu der Auseinandersetzung über „Inflation“ und Prognosen nur so viel: Die Inflation gehört zur Marktwirtschaft wie der Deckel auf den Topf. Für die Lohn- und Gehaltsempfänger_innen, deren Einkommen die Lebenserhaltungskosten abdecken müssen, die ihnen als Verbraucherpreise vorgegeben werden, führt selbige (momentan bei ca. 4 Prozent) zur Kaufkraftschmälerung, ist also ein Mittel, diese Leute weiter zu verarmen. Allseitig abgehakt ist dieser Automatismus der Geldwirtschaft, also im Preis inbegriffen!

Zu deiner Version von Marx' tendenziellem Fall der Profitrate, Adornos subjektivem Faktor und zum Aberwitz der Abschreibung von „nicht verschlissenen ... Maschinen“ wäre schon Einiges anzumerken. Wenn es denn mal passt!

FRANK BERNHARDT
I.R.

Ausgetauscht

Aufgrund von Missverständnissen durch die redaktionelle Bearbeitung des Artikels ‚Ist das Verfallsdatum des Kapitalismus abgelaufen?‘ in: hlz 3-4/2021, S. 67-69 von Frank Bernhard haben wir daraufhin den vom Autor nochmalig bearbeiteten und somit autorisierten Text online gegen die alte Fassung ausgewechselt.

DIE REDAKTION